

VERKEHR

## Planspiele zur Pkw-Maut

Eine Mehrheit der Länderfinanzminister drängt darauf, den geplanten Tausch von Versicherungs- und Kfz-Steuer noch in diesem Jahr zu verwirklichen – und macht damit die Einführung einer Autobahn-Maut für Pkw wahrscheinlicher. In der Föderalismus-Kommission hatten sich Berlin und die Länder darauf geeinigt, dass künftig der Bund die Einnahmen aus der Kfz-Steuer erhält und die Länder die aus der Versicherungssteuer. Abgemacht war, dass der Bund die Kfz-Steuer dann nach einer Übergangszeit abschafft. Obwohl die Kommission an anderen Fragen scheiterte, wollen die Länderminister diese Regelung umsetzen. Und spätestens zum Zeitpunkt der Abschaffung der Kfz-Steuer müsse sich die Regierung „Gedanken über eine Pkw-Maut machen“, sagt ein sozialdemokratischer Landesfinanzminister. Alternativ könne die Bundesregierung die Mineralölsteuer



Hamburger Tankstelle mit Maut-Terminal

er um 15 Cent je Liter erhöhen, wofür es aber keine Mehrheit gebe. Die Regierung will frühestens in zwei Jahren über die Einführung einer streckenabhängigen Maut für Pkw auf Autobahnen entscheiden. „Wenn sich die Lkw-Maut nach einer zweijährigen Testphase bewährt hat, kann man über das Thema sprechen“, heißt es in Regierungskreisen. Neben Bundeskanzler Gerhard Schröder und Bundesverkehrs-

UMFRAGE: PKW-MAUT



„Einige Politiker fordern die Ausweitung der Autobahn-Maut auf PKW. Im Gegenzug soll die Kfz-Steuer gesenkt werden. Halten Sie eine solche Maut für richtig?“

NEIN

60 %

JA

33 %

TNS Infratest für den SPIEGEL vom 11. bis 13. Januar; rund 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“/keine Angabe

minister Manfred Stolpe lehnt derzeit noch Bundesfinanzminister Hans Eichel eine Pkw-Maut ab. Nach Informationen aus dem Bundesfinanzministerium glaubt der Sozialdemokrat, dass deren Einführung eine viel weiter gehende Debatte auslösen könnte über die Frage, ob sich die Autobahnen dann nicht ganz privatisieren lassen. Einer solchen Diskussion will sich die Regierung derzeit nicht stellen.

TERRORISMUS

## Unschuldiger gefoltert?

Die Bundesregierung fürchtet eine Belastung der deutsch-amerikanischen Beziehungen durch den Fall des entführten Deutschen Khaled al-Masri, 41. Der „spektakuläre Vorgang“ habe „hohe Brisanz“, heißt es in Berlin. Neben den Sicherheitsbehörden sind auch Kanzleramt und Auswärtiges Amt mit der Aufklärung befasst. Masri beschuldigt die US-Administration, ihn Ende 2003 in Mazedonien gekidnappt und fünf Monate lang in Afghanistan verhört und gefoltert zu haben. Grund sei eine angebliche Mitgliedschaft bei al-Qaida gewesen. Inoffiziell haben die Amerikaner mittlerweile Bedauern über den Zwischenfall signalisiert.



Masri

siert. Offenbar ist der gebürtige Libanese aus Neu-Ulm mit einem gleichnamigen Terrorverdächtigen verwechselt worden, der die Hamburger Todespiloten um Mohammed Atta gekannt haben soll. Der innenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Dieter Wiefelspütz, sagt, dass der Vorgang „parlamentarisch mit hoher Aufmerksamkeit verfolgt“ werde. Der Fraktionsvize der Union, Wolfgang Bosbach, verlangt eine Stellungnahme von der Bundesregierung. In Erklärungsnot geraten die US-Behörden auch durch ein

offizielles Ermittlungsverfahren. Der Münchner Staatsanwalt Martin Hofmann, der den Vorwürfen Masris nachgeht, will in Washington mit einem offiziellen Rechtshilfeersuchen auf Auskunft drängen. Der Anwalt Masris, Manfred Gnjidic, erwägt zudem eine Zivilklage in den USA.

AUSSENPOLITIK

## Fischer will Langstreckenflieger

Außenminister Joschka Fischer drängt auf die rasche Anschaffung von Langstreckentransportern durch die Bundesregierung, um künftig bei Krisen wie der Todeswelle in Südostasien besser reagieren zu können. Bei der Grünen-Fraktionsklausur in Wörlitz klagte er am Donnerstag, dass die Amerikaner bei den Hilfseinsätzen dank überlegener Ausstattung „viel schneller gewesen“ seien als die Deutschen. Das Auswärtige Amt habe Probleme gehabt, auf dem „leergelegten Chartermarkt“ Großtransporter zu bekommen. Fischer schlägt vor, die Flugzeuge „auf nationaler Ebene“ dauerhaft zu mieten, bis voraussichtlich ab 2009 die bestellten Militärtransporter vom Typ Airbus A400M ausgeliefert werden. Der Minister favorisiert als Zwischenlösung die Boeing C-17.



C-17-Transportflugzeug